

Liebe Mitglieder und Freund*innen von DeSaFor,

Südafrika gerät einmal mehr in den Fokus der Weltöffentlichkeit und die Anlässe dafür sind eher besorgniserregend.

Die Ballungsräume des Landes werden seit Monaten von einer wachsenden xenophobischen Stimmung und Gewalt einer unzufriedenen Bevölkerung gegen zumeist illegale Migrant*innen aus anderen afrikanischen Ländern und zunehmender Gewalt erschüttert.

In Ekurhuleni, einer Gemeinde mit über 3 Mio. Einwohnern am östlichen Rand der Gauteng Province starben in den letzten Wochen elf Frauen und Mädchen (Stand 30.9.) an den Folgen von Gewaltverbrechen und die seit vielen Jahren in Südafrika zu beklagende „Gender Based Violence“ erreicht einen neuen, schrecklichen Höhepunkt.

Vor wenigen Tagen forderte eine Schießerei auf eine Bar westlich von Johannesburg 17 Menschen getötet und 15 schwer verletzt worden.

Die innenpolitischen Spannungen zwischen den für die Kommunalwahl am 4. November konkurrierenden Parteien nehmen zu. Und auch innerhalb des ANC rumort es zwischen den verschiedenen Flügeln gewaltig – nicht zuletzt aus Sorge vor einer weiteren Niederlage in den Metros und Großstädten des Landes, die sich dann auch auf die Präsidentschaft Ramaphosas und auf die im nächsten Jahr anstehenden Entscheidungen über seine Nachfolge auswirken dürften.

Mit einiger Spannung werden auch die Ergebnisse der seit einem Jahr bereits andauernden Untersuchungen zu einem kriminellen Netzwerk von Politikern, Polizei, Staatsanwaltschaften und Geheimdiensten erwartet. Dem Vernehmen nach hat die von dem ehemaligen Verfassungsrichter Mbuyiseli Madlanga geleitete Kommission ihre Befragungen und Beweiserhebungen beendet und es wird erwartet, dass sie bald ihren Abschlussbericht vorlegt.

Außenpolitisch versucht das Land seine Position im Kreis der von China, Indien und Russland dominierten BRICS-Staatengruppe zu stärken. Zugleich ist Südafrika bemüht, seine Beziehungen zu Europa – insbesondere auch zu Deutschland – auf der Basis gemeinsamer Interessen zu pflegen und zu stärken, nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Interessen. Bei zum Teil sehr unterschiedlichen Positionen in zentralen außenpolitischen Fragen, wie etwa zum Angriffskrieg Russlands in der Ukraine oder zur Klage Südafrikas vor dem Internationalen Strafgerichtshof gegen Israel wegen Völkermordes gegen die Palästinenser erscheint dies als schwieriger, aber offenbar noch zu bewältigender Balanceakt.

Die vormals starken politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA drohen sich dagegen zu einem waghalsigen „Drahtseilakt“ zu entwickeln, dessen Ausgang schwer absehbar ist und die wirtschaftliche Lage Südafrikas weiter erschweren und seine politische Stabilität gefährden kann.

Wir versuchen, Ihnen mit Beiträgen zu diesen Themen Hintergründe und Einschätzungen von Beobachter*innen, Analysten und vor allem von südafrikanischen Partner*innen zu vermitteln – ohne den Anspruch, damit alle Facetten der zum Teil sehr komplexen Probleme erfasst zu haben. Und wir wollen Ihnen mit Beispielen des Engagements von Unternehmen und zivilgesellschaftlicher Initiativen auch die Facetten der Beziehungen zwischen Südafrika und Deutschland zeigen, die Hoffnung und Zuversicht vor allem mit Blick auf die junge Generation vermitteln können.

Leider geraten gerade diese aber ebenfalls zunehmend unter Druck bei ihrer Finanzierung, aber da kann man ja was tun!

Es grüßt Sie herzlich im Namen des gesamten Vorstands

Ihr

Klaus Brückner



In dieser Ausgabe:

- **Anti-Migrationsproteste (Dr. Melanie Müller)**
- **Xenophobia in South Africa (Dr. Alan Hirsch)**
- **Tourismus-Boom**
- **ANC-Analyse (Mlondli Makanya)**
- **Volkswagen in Südafrika**
- **BRICS-Gipfel in New Delhi (Klaus Brückner)**
- **Roots of Music – Bericht und Perspektiven (Laurenz Butzke)**
- **Außenminister Lamola zum Besuch von Außenminister Wadephul**
- **USA und Südafrika (Klaus Brückner)**
- **Gender Based Violence (Klaus Brückner)**
- **In eigener Sache: Programm von DeSaFor im IV. Quartal**

(in einigen Beiträgen wurden mit freundlicher Genehmigung der Körber Stiftung Zitate aus dem [Emerging Middle Power Report 2026](#) verwendet.

Deutsch-Südafrikanisches Forum e.V.

www.desafor.de

Kontakt:

info@desafor.de

Adresse:

DeSaFor
c/o K. Brückner
Ringstraße 101b
12203 Berlin

Anti-Migrationsproteste in Südafrika: Wahlkampf auf dem Rücken der Schwächsten

Dr. Melanie Müller, Stv. Leiterin Forschungsgruppe Afrika, Mittl. Osten - Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP

(Anmerkung: blau markierte Textteile führen als links zu Quellen und weiterführenden Hinweisen)

Bei xenophoben Protesten in Südafrika kam es in den letzten Monaten immer wieder zu Gewalt wie Hetzjagden und Übergriffen gegen Migrant:innen, teilweise mit Todesfolge. Die antimigrantischen Gruppen schreckten auch vor Selbstjustiz nicht zurück. So bedrohten sie Menschen und verlangten, ihre Ausweispapiere einzusehen, um zu prüfen, ob sie einen gültigen Aufenthaltsstatus haben. Verschiedene Gruppen – die zentralen Akteure sind „March and March“ und „Operation Dudula“ – riefen dann den 30. Juni 2026 als Stichtag aus. Bis zu diesem Tag sollten Menschen ohne gültige Papiere das Land verlassen. Was andernfalls mit ihnen geschehen sollte, ließen sie bewusst offen.

Die Stimmung in Südafrika war demnach bis zum 30. Juni sehr angespannt: Eine Koalition aus **über 160 Organisationen** verurteilte die Proteste und rief zum Schutz von Migrant:innen auf. Arbeitgeber:innen baten nicht in Südafrika geborene Beschäftigte, zum Schutz vor Übergriffen an dem sogenannten Stichtag, zu Hause zu arbeiten. Die Polizei verstärkte ihre Präsenz, über **900 Menschen** wurden verhaftet.

Wenngleich die befürchtete größere Eskalation verhindert werden konnte, fanden am 30. Juni 120 Protestaktionen statt, bei denen es immer wieder zu Gewalt kam. Die Drohungen der Gruppen haben ihre Wirkung nicht verfehlt: Viele Migrant:innen – auch solche mit Aufenthaltstitel – leben in Angst oder haben das Land unter dem Druck verlassen. Die antimigrantischen Gruppen haben angekündigt, ihre Proteste jeden Donnerstag bis zu den Kommunal- und Lokalwahlen am 4. November 2026 fortzusetzen. Über die Dauer ihrer Kampagne lassen sie keinen Zweifel: „**Until they're gone**“.

Arbeitslos, wohnungslos, ohne Strom: Prekäre Verhältnisse als politisches Mobilisierungsfeld

Gewalt gegen Migrant:innen in Südafrika ist kein Novum. 2008 wurden **62 Menschen** bei xenophoben Protesten getötet,

auch 2015 und 2019 kam es zu Unruhen. Doch seit 2022 hat die xenophobe Bewegung einen neuen Charakter angenommen und ist im Wahljahr 2026 zu einem landesweiten Phänomen geworden. Vieles spricht dafür, dass es sich nicht ausschließlich um eine Bewegung „von unten“ handelt, sondern dass die Proteste zumindest zum Teil orchestriert werden, um sie politisch zu instrumentalisieren und Unruhe im Land zu stiften.

Die Gruppen zielen auf die Mobilisierung von weniger gut ausgebildeten und jungen Menschen in prekären Lebensumständen mit Schwierigkeiten auf dem südafrikanischen Arbeitsmarkt ab. Sie argumentieren, dass Migrant:innen den Südafrikaner:innen die ohnehin knappen Jobs wegnähmen. Die Arbeitslosenquote liegt offiziell bei 32 Prozent, bei jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren allerdings bei **über 60 Prozent** (Stand 2026). Viele sind von der Bilanz des African National Congress (ANC) enttäuscht, der eine wirtschaftliche Transformation des Landes nach dem Ende der Apartheid versprach, dieses Versprechen aber nur bedingt eingehalten hat. Diese Unzufriedenheit geht über den Arbeitsmarkt hinaus.



© picture alliance / REUTERS | Rogan Ward

Aufgrund des schlechten Zugangs zu Dienstleistungen wie Wohnraum, Wasser, Elektrizität und auch wegen der hohen Kriminalitätsraten kommt es in vielen südafrikanischen Gemeinden regelmäßig zu Protesten gegen das empfundene Versagen der Politik auf lokaler Ebene.

Dies gilt besonders in sozial schwachen Gegenden, in denen viele Menschen auf

engem Raum zusammenleben und sich beispielsweise einen der wenigen Wasseranschlüsse teilen oder aufgrund der schlechten medizinischen Infrastruktur lange auf Behandlungen warten müssen. In dieser Situation bedeutet Zuwanderung oft eine Verschärfung der durch die schlechten Verhältnisse ohnehin bestehenden Konkurrenzsituation. Diese Wahrnehmung besteht, obwohl die offiziell gemeldeten Migrant:innen mit 3 Mio. Menschen nur ca. 5 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Selbst wenn man davon ausgeht, dass die Zahl aufgrund undokumentierter Migration höher liegt, ist ein solcher Anteil nicht auffällig groß. Studien weisen zudem auf positive wirtschaftliche Effekte der Migration hin und können die verbreitete Verbindung zwischen Migration und Kriminalität nicht bestätigen.

Nationale Bewegung zwischen Protest, xenophober Gewalt und Selbstjustiz

Obwohl die Gründe für die schlechte Lage im Land und die Lebenssituation der Ärmsten vielschichtig sind, machen die organisierenden Gruppen **wie „March and March“** oder **„Operation Dudula“** gezielt

Migrant:innen verantwortlich. Die Kampagnen verlangen: Studien zeigen, dass die Vorbehalte gegen Migration in Südafrika insgesamt zugenommen haben.

„Operation Dudula“ wurde bereits während der Covid-Pandemie gegründet und registrierte sich

2023 als politische Partei. „Dudula“ kommt aus der Sprache isiZulu und meint übersetzt „to push out“. Die Gruppe fordert die **Abschiebung von Migrant:innen ohne Aufenthaltstitel** und einen Zugang zu Arbeitsplätzen – primär für Südafrikaner:innen. Verschiedene Übergriffe der Mitglieder von „Operation Dudula“ auf Migrant:innen wurden dokumentiert.

Sie vertrieben Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit aus ihren Häusern, blockierten deren Zugang zu Krankenhäusern und Schulen oder schüchterten informelle Händler:innen ein.

„March and March“ wurde 2024 gegründet. Die Gruppe agiert ähnlich wie „Operation Dudula“, hat aber über ihre Gründerin eine größere Reichweite bekommen: Jacinta Ngobese-Zuma ist eine Radiomoderatorin, der mittlerweile über 168.000 Menschen auf Instagram folgen, wo sie sich als besorgte Mutter und Bürgerin inszeniert und regelmäßig Videos über vermeintliche und reale Gewalttaten von Migrant:innen postet. „March and March“ bezeichnet sich selbst als **„Bürgerbewegung“**.

Das Narrativ ist: Angesichts des Versagens der Politik nehmen wir unsere Angelegenheiten selbst in die Hand.

Zweifel an der Unabhängigkeit und Gegenbewegung

Soziale Medien spielen bei der Mobilisierung eine wichtige Rolle. Analysen der Unternehmensberatung Murmur Intelligence konnten zeigen, dass ein **antimigrantisches Online-Netzwerk** bereits seit sechs Jahren in sozialen Medien mobilisiert. Die Art der Verbreitung legt den Verdacht nahe, dass es sich um eine koordinierte Kampagne handelt mit dem Ziel, migrationsfeindliche Narrative mithilfe von Algorithmen zu verbreiten.

Trotz regelmäßiger gegenteiliger Beteuerungen gibt es zudem Zweifel an der politischen Unabhängigkeit von „March and March“. Recherchen des investigativen Journalist:innen-Netzwerks **amaBhungane** zeigen, dass Spendengelder für „March and March“ über ein privates Konto von Nozibusiso Khambule laufen, der zum familiären Umfeld des ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma gehört. In verschiedenen südafrikanischen Medien wird debattiert, ob die xenophoben Kampagnen mit Geldern aus dem Ausland finanziert werden. Auch über russischen Einfluss wird angesichts Zumas enger Verbindungen zu Putin spekuliert.

Die Nähe zur Partei von Zuma, Umkhonto weSizwe (MK), hat die Sorge vor großflächigen gewaltsamen Ausschreitungen in Südafrika genährt, wie sie sich in KwaZulu-

Natal (KZN) sowie in der Provinz Gauteng bereits 2021 nach der Verhaftung Zumas wegen Korruption und State Capture entzündeten. Auch damals wurden unzufriedene Menschen gezielt über soziale Medien mobilisiert. KZN ist sowohl die Heimatprovinz von Zuma, der früher zum ANC gehörte, als auch die Region, in der „March and March“ gegründet wurde. Bis heute werden dort die meisten Proteste organisiert – immer wieder **unterstützt von MK-Politiker:innen**.

Gleichzeitig gibt es auf zivilgesellschaftlicher Seite eine Gegenbewegung. Bereits 2025 reichten vier Organisationen vor dem südafrikanischen High Court Klage ein. Sie richtete sich erstens gegen Mitglieder der „Operation Dudula“ wegen ihrer gewaltsamen Vorgehensweise gegen Migrant:innen und zweitens gegen die südafrikanische Regierung wegen Untätigkeit angesichts xenophober Gewalt. Zu den Klägern gehören lokale Basisbewegungen, die unter anderem informelle Händler:innen oder Menschen, die in informellen Siedlungen leben, vertreten. Sie setzen sich explizit für die Rechte von Migrant:innen ein und solidarisieren sich mit wirtschaftlich abgehängten Menschen.

Im relativ umfassenden Urteil des High Court vom November 2025 betont das Gericht unter anderem, dass Menschenrechte auch dann gelten, wenn eine Person keine Staatsbürgerschaft oder Aufenthaltstitel besitzt. Mitgliedern der „Operation Dudula“ wurde gerichtlich untersagt, Hassreden zu verbreiten und Menschen zu bedrängen und zu verfolgen. Das Gericht wies die Regierung zudem an, den **„National Action Plan to Combat Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance“** von 2019 umzusetzen, ein Frühwarnsystem für xenophobe Hassverbrechen einzusetzen und die Daten entsprechend zu veröffentlichen.

Verschärfte Migrationspolitik mit Folgen für die gesamte Region

Obwohl der High Court der Regierung den Weg dafür ebnete, die Rechte von Migrant:innen zu stärken, hat sich Südafrikas Regierung, das aus zehn Parteien bestehende Government of National Unity (GNU), in ihrer Reaktion vorrangig auf eine Verschärfung der Migrationspolitik

eingelassen. Der vom Kabinettt verabschiedete **„Comprehensive Approach for Migration Management“** sieht Abschiebungen, verstärkte Grenzkontrollen, Programme zur freiwilligen Rückkehr und Maßnahmen gegen die Beschäftigung undokumentierter Menschen vor. Um rechtsstaatlichen Grundsätzen bei der Einwanderung mehr Geltung und Wirkung zu verschaffen, soll die Korruption in südafrikanischen Behörden bekämpft werden. Das Zurückdrängen der xenophoben Attacken oder die Stärkung der Rechte von Migrant:innen sind in dem Kabinettsbeschluss nicht enthalten, wenngleich die Regierung die Hintergründe der sozialen Unruhen untersuchen will. Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa (ANC) und verschiedene Minister der Regierung haben die Gewalt gegen Migrant:innen allerdings immer wieder verurteilt.

Dennoch ist dies eine deutliche migrationspolitische Verschärfung. Insbesondere der ANC fürchtet, bei den diesjährigen Wahlen noch mehr Stimmen zu verlieren, als bei den letzten nationalen Wahlen 2024, als er zum ersten Mal seit dem Ende der Apartheid gezwungen war, mit anderen Parteien zu regieren.

Die zweitgrößte Partei in der GNU-Koalition, die Democratic Alliance (DA), leitet das Innenministerium und will hier unter Beweis stellen, dass sie regierungsfähig ist. Sie hat angekündigt, die Reformen auch umsetzen. Zudem steht das GNU-Bündnis unter Druck aus den eigenen Reihen. Mit der Patriotic Alliance ist eine rechtsgerichtete Partei Teil der Koalition. Sie stellt einen Minister und drängt innerhalb der Regierung **auf härtere Maßnahmen**.

Mitte Juli vermeldete die südafrikanische Regierung es bereits als Erfolg, dass **53.000 Menschen** abgeschoben oder zurückgeführt worden seien, viele davon in Länder in der unmittelbaren Nachbarschaft wie Simbabwe, Mosambik oder Malawi – wo die sozioökonomischen Perspektiven weitaus schlechter sind als in Südafrika. Ob diese Politik zu mehr Sicherheit in der Region beiträgt, ist fraglich. Vielmehr könnte es in den Nachbarstaaten zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Lage kommen.

Migration als Thema für die deutsche und europäische Zusammenarbeit mit Südafrika

Lautstarke, gut organisierte und manipulative Anti-Migrationsbewegungen einerseits, ein hoher Handlungsdruck auf die Regierung andererseits – im Umgang mit Migration sind Deutschland und Südafrika mit ähnlichen Rahmenbedingungen konfrontiert.

Beide Länder stehen vor der Herausforderung, migrationspolitische Maßnahmen umzusetzen, ohne den Schutz von Migrant:innen aus dem Blick verlieren.

Deswegen empfiehlt sich für Deutschland ein kollaborativer Ansatz. So könnte ein Austausch politischer Entscheidungsträger:innen im Rahmen des „**strategischen Dialogs**“ über den Umgang mit xenophoben und in letzter Instanz demokratiefeindlichen Bewegungen fruchtbar sein.

Die Ergebnisse eines solchen Austauschs unter verschiedenen Partnern könnten auch außerhalb der eigenen Länder Impulse setzen.

Südafrika arbeitet mit der EU bereits im Bereich Migration zusammen, so dass auch hier Anknüpfungspunkte bestehen, um Erfahrungen darüber auszutauschen, wie das Management von Migration unter Einhaltung von menschenrechtlichen Standards gelingen kann.

Angesichts der zunehmenden Auswirkungen der südafrikanischen Migrationspolitik auf Nachbarstaaten wie Simbabwe, Mosambik oder Malawi erscheint insbesondere eine stärkere regionale Zusammenarbeit sinnvoll.

Deutschland und die EU könnten etwa gemeinsam mit der IOM und regionalen Partnern die Herkunfts- und Nachbarländer bei der nachhaltigen Reintegration von Rückkehrenden unterstützen, um so zumindest die schlimmsten Folgen für die Menschen abzufedern.

(Dieser Artikel erschien zuerst in „Megatrends Spotlight“ am 17.7.2026)

Xenophobia: what the government should have done - and can still do

Dr. Alan Hirsch - Prof. em. Nelson Mandela School of Public Governance at UCT

On 7 December 2025, anti-foreigner, or nativist, groupings set an ultimatum for all undocumented immigrants living in South Africa to leave the country by 30 June 2026. Several other nativist organisations mounted the bandwagon. The campaign steadily snowballed, with several political parties indicating their alignment with the call.

The first official response from the gov-

ernment was a statement by President Cyril Ramaphosa over six months later, on 7 June, followed by a newsletter from the President on 8 June.

public services. But, he said, 'We must stand together against violence.'

The crisis in South Africa today is not a crisis of migration. It is a crisis of low growth over many years, high unemployment, poverty, a rising cost of living, and poor governance in many parts of the country. Yet, South Africa has followed a global trend of anti-foreigner mobilisation.



Archive photo: Ihsaan Haffeejee

A flurry of government statements followed, with the government saying that it is already improving systems to weed out undocumented foreigners and that private individuals should not take the law into their own hands.

The President's own statements had a similar tone. While calling on the nativists not to break the law, he made statements that justified their anti-foreigner narrative: "We are responding," he said, "to real concerns communities have about the effects of unchecked illegal immigration on jobs and economic opportunities."

He similarly justified anxieties about foreign-owned spaza shops and access to

It is convenient for government to have a scapegoat for poor performance and for opposition groups to embarrass the government over its poor management of migration. The United Nations estimates that there was a significant increase in migration into South Africa between 2000 and 2015 during the Zimbabwean crisis, but that since 2015, there has been a decrease in the number of immigrants (legal and illegal) living in South Africa. Remittance data shows that the total amount of money immigrants are sending home has not increased since 2015.

Immigrants make up just 5% of the total population of South Africa. StatsSA puts the percentage even lower. If we use the UN data for comparative purposes, since they use a similar methodology in all countries, there are eight African

countries with higher proportions of immigrants to local-born than South Africa.

Compared globally, countries like the UK, the US, Germany, Canada and Australia have between three times and more than five times as large a proportion of foreigners to residents as South Africa.

At least four, and possibly 10, people were killed in the period leading up to 30 June, and many more injured. Close to 80,000 Zimbabweans alone have been forced to leave the country at short notice, and many immigrants remain in camps seeking protection and awaiting processing, often in dreadful circumstances.

The belated response of government to the crisis and the mixed messaging—justifying the anti-foreigner narrative while calling for peace—meant that responses were delayed and many events resulted in conflict. Protests became riots.

In the past, the national government has responded very promptly and decisively to crises. South Africa's response to the COVID-19 crisis was exemplary. In the end, the response may have been excessive in certain respects (banning the sale of tobacco, for instance), but government acted swiftly and responsibly.

Lockdown was announced less than three weeks after the first covid case was reported in South Africa.

Contrast this with the UK, where Prime Minister Boris Johnson announced lockdown two months after the first UK cases were reported, after dithering for weeks over what to do.

But in contrast to South Africa's response to anti-foreigner mobilisation, the UK government under Prime Minister Keir Starmer responded swiftly and decisively to anti-Muslim riots in the summer of 2024. Rioting broke out in Southport on 30 July, after the murder of three little girls by a man who happened to be a Muslim.

By 1 August, after stern, clear messages from the political leadership, hundreds of rioters had been arrested. By 8 August, more than 500 rioters had been arrested, and 149 had been charged. By mid-September, 1,511 rioters and people responsible for hate-mongering on-line had been arrested and 960 charged. Aside from the three little girls, no one was killed, though several police, Muslims and rioters were injured. The rioting stopped as suddenly as it had begun.

So, what can we learn from our experiences in our own history and from the UK experience?

Firstly, the anti-foreigner agitators should have been confronted early and unambiguously, not six months after their ominous threats were made.

Secondly, action against agitators and rioters should have been timely and decisive. It should have been made clear to the police and the prosecution authority what their job is, and they should have met that responsibility with swift and effective action.

Thirdly, leaders should have marshalled and deployed evidence and intelligence from early on and throughout. As was the case in South Africa during the covid emergency, they should have set up a clear management structure and an expert panel to provide evidence and advice. Also, like the covid period, there should have been frequent, clear and unambiguous messaging from both the management team and the expert panel. Because the issue had been politicised, government leaders seemed to be afraid to step out of line and make it clear that immigrants were not the main cause of the problems so many poor South Africans are facing. Had the government brought all the main political leaders together at an earlier stage, they could at least have attempted to take the issue out of the political arena.

There seemed to be very little coordination between the various spheres of government—national, provincial and local, or between government and civil society. Had government reached out to civil society at an early stage—churches, trade unions, civic organisations—they might have been able to prevent the widespread inhumane and sometimes violent and murderous behaviour that escalated before 30 June and seems set to continue.

Some of these actions can still be taken, even if belatedly. If not, there is a risk of continuous conflict, undermining the social cohesion that has held our country together.

It is not too late.

This article was published first by GroundUp on July 21st, 2026; views expressed are not necessarily those of GroundUp.

Willkommene Ausländer -

Tourismus boomt in Südafrika

Q.: SAnews.gov.za

Der Tourismussektor Südafrikas setzt seinen starken Wachstumskurs fort: Im Juli 2026 wurden 991.696 internationale Touristen gezählt. Dies entspricht einem Anstieg von 12,5 % im Vergleich zum Juli 2025. Kumuliert beläuft sich die Gesamtzahl der internationalen Touristenankünfte zwischen Januar 2026 und Juli 2026 auf 6 576 169, was einem Wachstum von 12,4 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht.

Dabei beträgt der Anteil deutscher Touristen knapp 10 % und liegt damit deutlich hinter den Anteilen der Touristen aus Großbritannien mit rund 16 % und aus den USA mit rund 15 %. Ein deutlicher Anstieg ist auch bei Touristen aus anderen afrika-



nischen Ländern zu verzeichnen.

„Das Wachstum hat sich geografisch diversifiziert, was eine unserer strategischen Prioritäten war. Gemeinsam mit der Privatwirtschaft und den Interessengruppen werden wir diese Dynamik durch das kürzlich eingeführte digitale Visum, das *Electronic Travel Authorisation System*, weiter ausbauen“, sagte Tourismusministerin Patricia de Lille.

Präsident Cyril Ramaphosa zählt den Tourismus zu den vier Schlüsselbranchen, die im Rahmen der dritten Phase der Partnerschaft zwischen Regierung und Wirtschaft, der „*Operation Vulindlela*“, als Motor für inklusives Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stärkung des Vertrauens identifiziert wurden.

Im Jahr 2024 sicherte der Tourismus 954.000 direkte Arbeitsplätze und trug mit 4,9 % zum Bruttoinlandsprodukt bei, ähnlich wie der Automobilsektor.

„Der ANC zerfleischt sich von innen heraus, während die Wähler ihm zunehmend den Rücken kehren“

Auszüge aus einer Analyse von Mondli Makanya, veröffentlicht im Daily Maverick, 30. August 2026

Ende August hat der Daily Maverick eine kritische Analyse und recht düstere Prognose des Kolumnisten und Journalisten Mondli Makanya zur Lage des ANC veröffentlicht ([hier](#)). Anlass waren für ihn die Eindrücke bei der Vorstellung des Wahlprogramms des ANC (Manifesto) für die am 4. November 2026 anstehenden Kommunalwahlen in einem kleinen Gemeindepark in Diepsloot, Johannesburg.

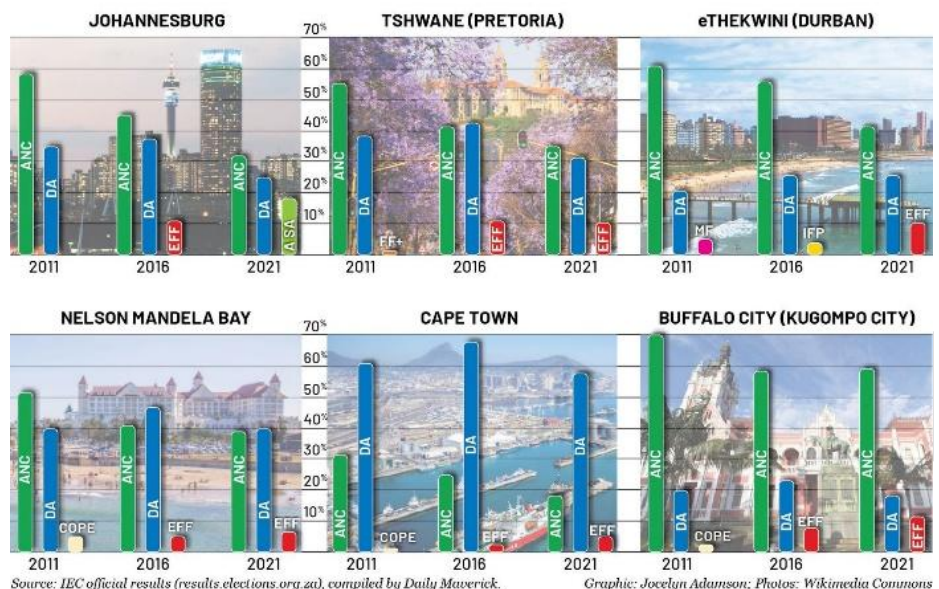
Anders als zu Hochzeiten der Begeisterung fand die Veranstaltung nicht in einem der großen Stadien des Landes statt, sondern in der Nähe von Riverside, einer „Vorzeigegemeinde“, mit der der ANC die endgültige Überwindung der Raumplanungspolitik des vor mehr als 30 Jahren abgelösten Apartheid-Regimes nachweisen will. Es war, so Makanya, eine eher „lustlose Veranstaltung“, die zudem die Schwächen und Fraktionen der innerparteilichen Organisation offenbarte. So habe die lange hinausgezögerte und für diesen Wahlkampfauftakt versprochene Liste der Bürgermeisterkandidaten für die Metropolen und größeren Städte wiederum nicht vorgelegt werden können, sondern musste noch einmal konfliktiv im National Executive Committee (NEC) diskutiert werden.

Erstaunt war der kritische Beobachter schließlich auch darüber, dass die Partei ihren ausgewählten Kandidaten ohne Schulabschluss nach ihrer Wahl noch 12 Monate Zeit zu geben bereit sei, einen solchen nachzuholen. Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, dass sie bereits jetzt bzw. zum Zeitpunkt der Wahlen „über grundlegende Lese-, Schreib- und Rechenkenntnisse“ verfügen.



ANC president Cyril Ramaphosa led the ANC's municipal elections manifesto launch in Diepsloot, Johannesburg, on 23 August 2026. (Photo: Sharon Seretlo / Gallo Images)

ANC vs opposition: the last three local government elections in six major metros



Makanya sieht in diesen nur beispielhaften Eindrücken einen weiteren Nachweis für den Niedergang des ANC. Dieser habe bereits 2002 mit der seither wachsenden innerparteilichen Auseinandersetzung über die Frage begonnen, ob die Überwindung der sozialen Ungleichheit und die Erfüllung des Versprechens „a better life for all“ eher über ein Modell des wirtschaftlichen Wachstums (Mbeki) oder mit einer Agenda der Arbeiterklasse (Zuma) erreichbar sei. Zumas spätere Präsidentschaft mit der Normalisierung „zügelloser Amtsvergehen“, mit Abspaltungen und Überläufern hätten den ANC letztlich endgültig zu dem Punkt geführt, an dem er sich heute befinde.

Der aktuelle Konflikt zwischen den „TOP Seven“ im NEC beschleunige diese Entwicklung und die Fraktionsbildung werde bis zum Nationalkongress 2027 andauern, wenn es um die Nachfolge von Ramaphosa und des Führungsteams im ANC gehe. Der Ausgang der Kommunalwahlen sei deshalb nicht nur eine Frage des Gewichtes des ANC im Vergleich mit den anderen Parteien, sondern auch ein entscheidender innerparteilicher Indikator, welche Fraktion die Stärke erhält, den

Parteivorsitzenden und damit den nächsten Präsidentschaftskandidaten zu wählen.

Jedoch: Niemand könne bei dieser Entwicklung der Partei sicher sein, dass der nächste südafrikanische Präsident vom ANC gestellt werde.

Das ANC-Wahlprogramm für die Kommunalwahlen sei unrealistisch und zudem von einem schwachen ANC, der wohl die meisten Metropolen und größeren Städte nicht mehr regieren werde, gar nicht umsetzbar. Der Verlust von Ämtern und Funktionen werde für viele ANC-Führer und -Anhänger eine Art „kalten Entzug“ bedeuten und zu weiteren innerparteilichen Spannungen führen.

Makanya schließt seinen Meinungsartikel mit der düsteren Prognose: „Der vorletzte Nagel wird am 4. November in den politischen Sarg geschlagen. 2029 wird der letzte Nagel eingeschlagen, und der Zug zum Friedhof wird sich in Bewegung setzen.“



75 Jahre Volkswagen in Südafrika – viel Lob vom Präsidenten

Quelle: UBUNTU NewsFlash September 2025

„Wir wollen, dass Südafrika ein wichtiger Produktionsstandort für Fahrzeuge bleibt, die für Südafrika, für Afrika und für die Welt hergestellt werden“ – so Präsident Cyril Ramaphosa beim Besuch des VW-Werks Kariega, Eastern Cape, anlässlich der Feier zum 75-jährigen Jubiläum der Volkswagen Group Africa am 1. September 2026.

An dieser ältesten VW-Produktionsstätte außerhalb Europas wurden seit der ersten Auslieferung eines Käfers im August 1951 fast 5 Millionen Fahrzeuge produziert. 2025 produzierte das Werk mehr als 156.000 Fahrzeuge, davon rd. 120.000 für den Export.

VW kündigte zum Jubiläum eine Investition in Höhe von € 212 Mio (rd R 4 Mrd.) zur Einführung des Tingo an, ein neues Modell, das neben dem Polo und dem Polo Vivo das dritte im Werk Kariega gefertigte Modell sein wird.

Präsident Ramaphosa begrüßte die anhaltende Investitionsbereitschaft von Volkswagen, die nicht nur ein Vertrauensbeweis für die südafrikanischen Arbeitnehmer und Fertigungskapazitäten, sondern auch für den Investitionsstandort Südafrika sei.

Der Präsident nutzte die Gelegenheit anzumahnen, dass Südafrika angesichts des intensiven globalen Wettbewerbs weiterhin unter Beweis stellen müsse, dass es über die erforderlichen Fähigkeiten, Kompetenzen und politischen Rahmenbedingungen verfüge, um bedeutende Investitionen anzuziehen. Das gelte vor allem für den für Südafrika eminent wichtigen Automobilsektor, der mit ca 5 % zum BIP beitrage und 115.000 direkte und eine weitere halbe Million indirekte Arbeitsplätze entlang der Wertschöpfungskette bereitstelle.

Mit 155 Zielländern für den Export sei der Sektor zentral für Südafrikas Position auf dem globalen Markt.

Südafrika sei zudem ein idealer Standort für den tiefgreifenden Wandel, den die Automobilindustrie bei der Umstellung auf neue Technologien durchlaufe. „Wir verfügen über eine etablierte Automobilproduktionsbasis. Wir haben qualifizierte Arbeitskräfte. Und wir verfügen über beträchtliche Vorkommen vieler der kritischen Mineralien, die für die Technologien der Zukunft benötigt werden. Auf diesen Stärken müssen wir aufbauen“.

Derzeit würden der südafrikanische Automobil-Masterplan und der politische Rahmen für die Automobilindustrie gemeinsam mit allen Partnern – Industrie, Gewerkschaften und Regierung – mit dem Ziel überarbeitet, die Förderung des Automobilsektors in Südafrika nachhaltig zu stärken. Dabei sei entscheidend, die lokale Wertschöpfung zu steigern und die Fahrzeugproduktion in Südafrika auch für Kunden im Inland und in der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone zu steigern. Das erfordere aber auch eine stärkere Beteiligung schwarzer Industrieller an der Wertschöpfungskette und den Aufbau von Kompetenzen südafrikanischer Unternehmen in den Bereichen Batterien, Elektronik sowie in anderen Zukunftstechnologien.

„Wir dürfen nicht nur die Fahrzeuge der Zukunft montieren. Wir müssen zunehmend die Komponenten herstellen, die Materialien verarbeiten und die Fähigkeiten und Technologien entwickeln, die darin zum Einsatz kommen“.

Präsident Ramaphosa sparte nicht mit seiner Anerkennung des finanziellen Engagements der Volkswagen Group für soziale Projekte in Gemeinden rund um das Werk in Kariega, die Gründung der LEAP 9 Maths and Science School in KwaNobuhle sowie mit den jährlichen Zuschüssen für das Youth Employment Program, und – nicht zuletzt – für die Förderung frühkindlicher Grundbildung in Mathematik und Naturwissenschaften.



BRICS – Building for Resilience, Innovation, Cooperation and Sustainability - Gipfel am 12./13.9.2026 in New Delhi Eine kommentierte Zusammenfassung von Klaus Brückner

Der indische Premierminister hatte sich als gegenwärtiger Vorsitzender für den 18. Gipfel der inzwischen auf 11 Mitgliedstaaten angewachsenen Staatengruppe etwas Besonderes ausgedacht – er hatte das Akronym BRICS, das eigentlich die Gründerstaaten dieses Zusammenschlusses bezeichnet, umgedeutet und mit inhaltlichen Zielen unterlegt:

‘Our goal will be to redefine BRICS as Building Resilience and Innovation for Cooperation and Sustainability. Just as we brought inclusivity to our G-20 Presidency and placed the concerns of the Global South at the forefront of the agenda, similarly, during our Presidency of BRICS, we will advance this forum with a people-centric approach and the spirit of ‘Humanity First.’



Modi ist es gelungen, ein Scheitern des Gipfels zu verhindern, nachdem die Außenminister es in ihrer Vorbereitungskonferenz nicht geschafft hatten, eine einheitliche Sprachregelung zu den aktuellen Konflikten, insbesondere im Nahen Osten, zu finden. In der durch Indiens Moderation schließlich einstimmig angenommenen Schlussklärung ([hier nachzulesen](#)) nehmen die Gipfelteilnehmer zwar Stellung zu (ausgewählten) aktuellen Kriegen und Konflikten und äußern ihre großen Sorgen insbesondere zur Entwicklung im Nahen Osten (vgl. Text ab Ziff. 23). Die Formulierungen vermeiden aber Schuldzuweisungen, die etwa für die BRICS-Mitglieder Iran und Saudi-Arabien wechselseitig nicht hinnehmbar waren. Unter dem Vorsitz eines ehrgeizigen indischen Premierministers Modi, der die BRICS-Bühne geschickt für die Positionierung Indiens als zugleich wertorientierte und wirtschaftlich aufstrebende und bedeutende Weltmacht nutzte, haben die

Staats- und Regierungschefs dieses Bündnisses, das fast 50% der Weltbevölkerung repräsentiert, ihren Anspruch auf Mitgestaltung der Weltordnung und ihrer Institutionen klar verdeutlicht.

Die umfassende Schlussklärung vermittelt bei einer Vielzahl in den gewählten Formulierungen den Eindruck weitreichender Einigkeit. Sie bleibt jedoch in vielen Bereichen vage, was wohl auch damit zusammenhängt, dass bei näherer Betrachtung die Einigkeit bei einer großen Zahl der Fragen kaum oder nur schwer erreichbar ist. Mit der von Indien vorgeschlagenen inhaltlichen Agenda der „Förderung von Resilienz und Innovation für Kooperation und Nachhaltigkeit“ adressiert das Bündnis vor allem Anliegen und Kritik nicht nur der jetzigen BRICS-Mitglieder, sondern auch weiterer Schwellen- und Entwicklungsländer, die sich in der geltenden Weltordnung und deren Institutionen nicht oder nicht ausreichend repräsentiert sehen.



Premier Modi kann den Gipfel für sich und die wachsende Aufmerksamkeit für BRICS durchaus als seinen persönlichen Erfolg verbuchen. Und nicht wenige Beobachter und Analysten weltweit teilen diese Einschätzung. Für China als Nachfolger im BRICS Vorsitz hat Indien den Boden bereitet.

Ramaphosa „calls a spade a spade“

Der südafrikanische Präsident, der mit seiner Zustimmung den „weichen Text“ der Schlussklärung mitgetragen hat, wagte sich in einem Statement [hier](#) während des Gipfels allerdings aus der Deckung und wurde deutlich:

“To give strength to the law, there must be accountability for atrocities, for the ongoing genocide against the people of

Palestine, for the crimes committed against the people of the Sudan, and for the illegal war against Iran.” (Anmerkung: Die Erwähnung des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ist nicht überliefert)

“We must exert pressure and expose violations whenever and by whomever they are committed. International law cannot be applied selectively.”

Ramaphosa vertrat erneut seinen Standpunkt, dass eine neue gerechte Weltordnung für neue Bündnisse offen sein und sich der Entwicklung und Würde der Menschen verpflichten müsse. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Dringlichkeit der Reform der UN und des Sicherheitsrates. Afrika, trotz seiner 54 Staaten (von 193 UN-Mitgliedstaaten insgesamt) und etwa einem Fünftel der Weltbevölkerung, sei nicht durch ein ständiges Mitglied im Sicherheitsrat vertreten. Wie kaum anders zu erwarten, hat Ramaphosas Statement in den USA zu einer prompten Reaktion geführt (vgl. Artikel: [USA – Südafrika – Konflikt ohne Ende](#)).

In einem Interview mit der Körber-Stiftung im April d. J. hatte der südafrikanische Außenminister Lamola sich zur Reform des Sicherheitsrates geäußert (‘The Veto is untouchable’):

Körber-Stiftung: Ist angesichts des Widerstands der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats (P5) gegen sinnvolle Reformen Afrikas Forderung nach mindestens zwei ständigen Sitzen mit Vetorecht im UN-Sicherheitsrat noch realisierbar?

Lamola: Die Dynamik nimmt zu, und selbst die P5 erkennen mittlerweile weitgehend die Notwendigkeit ständiger Sitze für Afrika an. Der entscheidende Knackpunkt ist das Vetorecht. Wir sind der Ansicht, dass das Vetorecht Teil der Diskussion sein muss; es ist nicht unantastbar und hat die Wirksamkeit des UN-Sicherheitsrats häufig eingeschränkt. Afrika wird sich durch konsequente Verhandlungen weiterhin für eine gemeinsame Position einsetzen.

Roots of Music – Musical Diversity – Begegnung in Soest

Laurenz Butzke – Roots of Music und Mitglied des Vorstands von DeSaFor e.V.

Die im letzten Newsletter angekündigte erste Projektphase des *Roots of Music – Musical Diversity* Austausches ist im Juni und Juli durchgeführt worden. Für knapp drei Wochen waren zehn südafrikanische Musiker und Musikerinnen samt zwei ihrer Begleiter des *Institute for Music and Indigenous Arts Development IMAD* unsere Gäste in Soest und haben zahlreichen Menschen aus der lokalen Bevölkerung südafrikanische Kultur, Geschichte und Musik nähergebracht.



Die Bilanz sind acht besuchte Schulen, über 1200 erreichte Schüler und Schülerinnen, mehrere Konzerte, etliche neue Freundschaften und bleibende Eindrücke auf beiden Seiten.

Nach Ankunft der Südafrikanerinnen und Südafrikaner am 27. Juni am Flughafen Düsseldorf wurden die teilnehmenden deutschen Gastfamilien auf Basis ihrer Instrumente zugeordnet, um den Austausch nicht nur sprachlich, sondern auch musikalisch zu vereinfachen.

Neben den Schulbesuchen und Konzerten gab es ein Programm aus verschiedenen Vorträgen rund um die Themen des Nachhaltigkeitsziels 10 „Weniger Ungleichheiten“, zum Westfälischen Frieden im historischen Friedenssaal sowie zu deutscher Geschichte und zur aktuellen politischen Landschaft. Dazu kamen Exkursionen in das Freilichtmuseum Hagen, zum NRW-Landtag in Düsseldorf und in die historische Altstadt Münsters.

Den Abschluss des Austauschs bildete ein Konzert in der Alt St.-Thomae Kirche in Soest im Rahmen des Festivals ‚Sommer-nachtsträume‘ der Musikschule Soest mit

Auftritten der Kapstädter *Little Giants* sowie des *African Choir*, *African Drumming* und *Improvisation & Interaction Workshops*. Im *African Choir* brachten deutsche Sänger und Sängerinnen südafrikanische Chorstücke auf die Bühne.

Die Beziehungen zwischen Soest und Südafrika reichen nun schon mehr als zehn Jahre zurück und wurden durch eine damalige Kooperation mit dem *MIAGI Music is a Great Investment* Jugendorchester initiiert, welches in Soest seine Europatournee im Jahr 2014 vorbereitet hatte. Seitdem ist der Austausch trotz der pandemiebedingten Unterbrechung 2020 stetig gewachsen, zuletzt mit dem Gegenbesuch der deutschen Delegation 2022 in Kapstadt.

Der Austausch wird bislang aus Bundesmitteln (BMZ) von Engagement Global im Rahmen des Programms „Teams up!“ des Deutsch-Südafrikanischen Jugendwerks (DAJW) gefördert und von „Arbeit und Leben DGB/VHS NRW“ als Projektträger durchgeführt. Die Förderung des „Teams up!“-Programms wird zum 31.12.2027 eingestellt.

Was dem Austausch bis jetzt fehlte, war ein gebündelter Ort, an dem die Geschichte dieser besonderen Kooperation erzählt wird und Platz für all die Erinnerungen und Momente der verschiedenen Besuche ist. Diese sollen sowohl für die Teilnehmenden erhalten bleiben als auch Außenstehenden, Freunden und Familie über die Projektteilnahme hinaus die Eindrücke näherbringen.

Deshalb gibt es nun ein digitales Zuhause für *Roots of Music* auf der Website: <https://musicways-germany.de/rootsof-music-musicaldiversity>

Besonders wichtig ist dieses digitale Zuhause auch deshalb, weil die Förderung des Deutsch-Afrikanischen Jugendwerkes aus Bundesmitteln Ende 2027 beendet wird. Wir sind jedoch überzeugt, dass solche Austausche in einer globalisierten und zunehmend vernetzten Welt wichtig sind und langfristig erhalten bleiben sollten.



Die Vorbereitungen auf den im Rahmen einer bestehenden Förderzusage möglichen Gegenbesuch in Südafrika im März und April nächsten Jahres laufen nun bereits auf Hochtouren. Besonders freuen wir uns darüber, dass uns das *Artscape National Theatre* in Kapstadt zur Verfügung gestellt wurde. Dort dürfen wir im Anschluss des Austausches am 2. April das Benefizkonzert *Roots of Music – Musical Diversity – A Celebration of South African-German Friendship* veranstalten.

Neben einer Liveübertragung des Konzertes ist geplant, Spenden für die *Kronendal Music Academy KMA*, das *Institute for Music and Indigenous Arts Development IMAD* und den Fortbestand unseres Austauschprojektes zu sammeln. Die *Kronendal Music Academy* bietet seit 2007 Kindern aus Imizamo Yethu und Hangberg im Hout Bay-Tal kostenlosen Musikunterricht, IMAD unterrichtet seit 2007 über 200 junge Menschen in den Townships Kapstadts. Das Benefizkonzert soll dazu beitragen, die entstandenen Beziehungen weiterzuführen und die nächste Phase des Projektes zu ermöglichen.

Wir hoffen und wünschen uns sehr, dass wir mit diesen Aktivitäten und einer Werbung für den fortgesetzten Austausch von jungen Musikern und Musikerinnen als wichtigen und zukunftsorientierten Beitrag zu den südafrikanisch-deutschen Beziehungen über 2027 hinaus weiterführen können.

Dazu benötigen wir nach dem Wegfall der Förderung aus Bundesmitteln viel Unterstützung – ideell und materiell.

Außenminister Wadephul am 23. Juli 2026 zu Gesprächen in Südafrika

Wortlaut der Erklärung des südafrikanischen Außenministers Lamola zu den Ergebnissen

Wir veröffentlichen die Erklärung des südafrikanischen Außenministers Ronald Lamola in einer übersetzten Fassung des Wortlauts:

„Es ist mir eine Freude, den deutschen Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Johann Wadephul, in Südafrika willkommen zu heißen und Sie über die Gespräche zu informieren, die wir soeben abgeschlossen haben.

Dr. Wadephuls Besuch folgt auf die 12. Sitzung unserer Binationalen Kommission, die im April dieses Jahres in Berlin stattfand. Diese Sitzung markierte das 30-jährige Bestehen der Kommission. Bei dieser Gelegenheit beschlossen unsere beiden Länder zudem, unsere Beziehungen zu einer strategischen Partnerschaft auszubauen, und verabschiedeten einen gemeinsamen Aktionsplan, um diesem Beschluss praktische Gestalt zu verleihen.

Ziel der heutigen Gespräche war es, die Fortschritte zu überprüfen, die wir bei der Umsetzung dieses Plans erzielt haben.

Ich freue mich, berichten zu können, dass unser Austausch offen, herzlich und produktiv war. Wir haben die Umsetzung des gesamten Aktionsplans überprüft, eine Bestandsaufnahme der erzielten Fortschritte vorgenommen und uns auf die Bereiche geeinigt, in denen wir schneller vorankommen müssen.

Deutschland ist Südafrikas wichtigster Handelspartner in Europa. Rund 600 deutsche Unternehmen sind in unserem Land tätig und beschäftigen etwa 100.000 Menschen.

Daher widmeten wir in unseren Gesprächen der wirtschaftlichen Dimension unserer Partnerschaft besondere Aufmerksamkeit.

Wir erörterten den Ausbau von Handel und Investitionen, die Zusammenarbeit im

Bereich kritischer Rohstoffe sowie den Aufbau einer Batterie-Wertschöpfungskette, die hier in Südafrika Wertschöpfung und Arbeitsplätze schafft.

Außerdem sprachen wir über die „Just Energy Transition Partnership“, die unseren Übergang zu sauberer Energie auf sozial gerechte Weise unterstützt, sowie über unsere langjährige Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung. Diese Zusammenarbeit zielt direkt auf die dringende Herausforderung der Jugendbeschäftigung ab.



Wir haben vereinbart, einen regelmäßigen politischen Dialog auf hoher Ebene zwischen unseren beiden Außenministerien zu institutionalisieren. Unsere Absicht ist es, sicherzustellen, dass ein solcher Austausch zu einem festen Bestandteil unserer Partnerschaft wird und nicht nur gelegentlich stattfindet.

Wir haben ferner vereinbart, die praktische Zusammenarbeit zur Stärkung der demokratischen Widerstandsfähigkeit voranzutreiben, unter anderem durch Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation – ein Bereich, in dem unsere beiden Gesellschaften ähnlichen Belastungen ausgesetzt sind.

Über unsere bilaterale Agenda hinaus tauschten wir uns über die derzeit wichtigsten internationalen Fragen aus. Dazu gehörte das Streben nach Frieden und Stabilität auf unserem eigenen Kontinent,

insbesondere im Osten der Demokratischen Republik Kongo, der Krieg in der Ukraine und die Lage im Nahen Osten.

In Bezug auf den Nahen Osten bekräftigte ich die konsequente und prinzipientreue Haltung Südafrikas. Wir sind weiterhin zutiefst besorgt über die humanitäre Lage im Gazastreifen. Wir fordern die vollständige Umsetzung des Waffenstillstands, ungehinderten humanitären Zugang sowie einen glaubwürdigen politischen Prozess, der zu einer Zwei-Staaten-Lösung führt, bei der ein lebensfähiger palästinensischer Staat neben einem sicheren Israel existiert. Unser Ansatz basiert auf dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen.

Südafrika und Deutschland sehen nicht jeden Aspekt dieser Frage auf dieselbe Weise. Gerade wegen der Stärke unserer Partnerschaft sind wir in der Lage, unsere Differenzen offen und in gutem Glauben zu diskutieren. Ich habe die Offenheit unseres Austauschs begrüßt.

Als Vorsitzender der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (SADC) und im Vorfeld des Gipfeltreffens, das wir im nächsten Monat ausrichten werden, habe ich Dr. Wadephul über unsere regionalen Prioritäten informiert. Dazu gehören die Industrialisierung, die Transformation der Landwirtschaft und die Energiewende sowie unsere Unterstützung für die von Afrika geführten Bemühungen zur Sicherung von Frieden und Stabilität in unserer Region.

Ich brachte zudem die Anerkennung Südafrikas für Deutschlands prinzipielle Unterstützung einer inklusiven G20 zum Ausdruck sowie für dessen Ansicht, dass das Forum nicht geschwächt werden sollte. Südafrika war stolz darauf, im vergangenen Jahr den ersten G20-Gipfel auf afrikanischem Boden auszurichten. Wir werden die Inklusivität und Integrität dieses Forums weiterhin verteidigen.“

USA und Südafrika - ein Konflikt ohne Ende?

Klaus Brückner

Südafrika ist für US-amerikanische Touristen ein beliebtes Reiseziel. Ca. 15 % der ausländischen Gäste kommen aus den USA (vgl. Artikel „Tourismus boomt..“); die

USA sind Südafrikas zweitgrößter Handelspartner und schaffen damit rd. 200.000 Arbeitsplätze. Frühere US-Regierungen haben Südafrika und den anderen afrikanischen Ländern Subsahara-Afrikas mit dem „African Growth and Opportunity Act“ (AGOA) Vorteile für den Export ihrer Waren eingeräumt und damit – neben erheblichen Leistungen der staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit – deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung gefördert und stabilisiert.

Die Trump-Administration hat wesentliche Bereiche dieser Zusammenarbeit eingestellt. Südafrika wird darüber hinaus wegen seiner aus US-Sicht „gegnerischen“ Positionen im Nahostkonflikt im Krieg gegen den Iran sowie vor allem wegen seiner Genozid-Klage gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof in besonderer Weise und immer stärker unter Druck gesetzt. Mit Vorwürfen der systematischen Diskriminierung, Verfolgung und Gewaltausübung gegenüber der weißen Bevölkerung und massiven Versuchen, die südafrikanische Innen- und Rechtspolitik zu beeinflussen, begründet die US-Regierung ihre Drohung insbesondere wirtschaftlicher Erzwingungs- und Vergeltungsmaßnahmen.

Eigentlich, so der südafrikanische Außenminister Ronald Lamola in dem an anderer Stelle bereits erwähnten Interview der Körber-Stiftung vom April 2026, gebe es trotz der größtenteils ideologischen Spannungen „auf wirtschaftlicher Ebene keine grundlegende Kluft“. Neben den Versuchen, die unbegründeten Vorwürfe einer regierungsgesteuerten oder mindestens gebilligten „Politik gegen die weiße Bevölkerung“ zu entkräften, sei man sehr bemüht, eine Entkopplung der Diskussion

Statement Außenminister Rubio zur Einführung einer restriktiven Visa-Politik gegenüber Südafrika

As stated in President Trump's Executive Order (EO) 14204, "Addressing Egregious Actions of the Republic of South Africa," the United States remains gravely concerned about racially motivated crime and government-sponsored discrimination occurring against the Afrikaners and other minority populations in South Africa, including race-based discriminatory legislation, threats of land expropriation without compensation, and incitement of racial violence through dehumanizing chants and slogans.

The South African government has not adequately addressed the previously laid out concerns and so today, I am announcing a new visa restriction policy under Section

über wirtschaftliche Beziehungen von einer Klärung der bislang unbewiesenen Vorwürfe zu erreichen.

Nach zahlreichen Gesprächen, die Außenminister Lamola auch am Rande der UN-Generalversammlung in den letzten Wochen in den USA geführt hat, zeigen die aktuellen Entwicklungen, dass dies nicht gelungen ist. Sie lassen die Zuversicht schwinden, dass in absehbarer Zeit eine Versachlichung der Diskussion über die zwischen beiden Ländern strittigen Fragen erreichbar wäre.

Cyril Ramaphosa hat beim BRICS -Gipfel am 12./13. September „Klartext“ geredet und – ergänzend – zu den im Konsens verabschiedeten Teilen des Schlussdokumentes – nicht nur die Verantwortlichen für den Krieg gegen den Iran benannt, sondern sich auch noch einmal sehr deutlich zu den von Südafrika vor dem Internationalen Strafgerichtshof erhobenen Vorwürfen gegen Israel wegen der Gewalt gegen die Palästinenser geäußert (vgl. Artikel zu BRICS).

Die Reaktion der US-Administration folgte prompt: US-Außenminister Rubio kündigte unter Bezug die „Executive Order 14204“ von Präsident Trump im März vergangenen Jahres, eine restriktive Visaregelung und weitere Sanktionsmaßnahmen gegen Südafrika und einzelne Personen anzuordnen. Er begründete dies mit der Feststellung, dass die von Trump „verordneten“ (drei) Erwartungen von Südafrika bislang nicht erfüllt worden seien.

Der von Präsident Trump nach Südafrika entsandte Botschafter Bozell, hatte bereits im März d.J. kurz nach seinem Antritt die – inzwischen fünf – Erwartungen („Five Asks“) konkretisiert:

- Schutz ländlicher Gemeinden vor Gewalt, insbesondere im Zusammenhang mit den weltweit bekannt gewordenen Überfällen auf Farmen, die als Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung zu definieren seien;
- Verurteilung von Rhetorik, die zu Hass aufstachelt und Gewalt verherrlicht, insbesondere die ausdrückliche Verurteilung (und Strafverfolgung) der Nutzung des „Kill the Boer“- Sprechchores.
- Sicherstellung, dass *Enteignungsrichtlinien faire und klare Entschädigungsstandards* enthalten und Aufgabe des Vorhabens, auch Enteignungen ohne Entschädigung durchführen zu können;
- Beendigung der zwangsweisen Abtretung von Eigentumsrechten oder der Kontrolle über unternehmerische Entscheidungsprozesse als Preis für die Ausübung der eigenen Geschäftstätigkeit, unter Bezugnahme auf Südafrikas strenge BEE-Richtlinien.
- Beendigung der Verbindungen zum Iran und zu Feinden der Vereinigten Staaten sowie die Umsetzung des erklärten Ziels, ein blockfreier Staat zu werden.

Nachdem die südafrikanische Regierung bis Anfang September 2026 nicht auf diese Forderungen reagiert hatte, verhängte Secretary of State Marco Rubio die verschärften Visa-Regeln und Botschafter Borzell sekundierte seinem Außenminister mit einer klaren Ansage:



*“The time for endless ‘dialogue’ has run its course. No more. America has just so much patience. We want strong, and lasting relations with the South African government. [...] It needs to show it wants the same. So far, it has shown it cares for neither. As a result, **the consequences, as I’ve attempted time and again to express, are necessarily going to be severe.**”*

Prof. Thuli Madonsela, Verfassungsjuristin und Public Protector Südafrikas von 2009 bis 2016, reagierte auf Bozell mit einer Stellungnahme auf „X“

„Bei allem Respekt, Exzellenz, ich hätte gehofft, dass Sie durch Ihre Aktivitäten seit Ihrer Ankunft in Südafrika erkannt hätten, dass dies nicht zutrifft. Kriminalität betrifft alle, trifft jedoch schwarze Südafrikaner – insbesondere Afrikaner – unverhältnismäßig stark, da sie am unteren Ende der pyramidenförmigen Wirtschafts- und Sozialstruktur Südafrikas stehen. Ihnen muss bewusst sein, dass gerade jetzt acht afrikanische Frauen von einem mutmaßlichen Serienmörder ermordet wurden. Die Benachteiligung der Schwarzen ist kein Zufall der Geschichte oder ein Unglück, sondern eine direkte Folge staatlich orchestrierter Sozialpolitik durch aufeinanderfolgende Kolonial- und Apartheidgesetze wie die Enteignung von Land und anderem Eigentum, die Reservierung von Arbeitsplätzen, die Verweigerung von Handels- und Eigentumsrechten sowie die legalisierte Unterbeschäftigung, die es dem Staat ermöglichte, die weiße Minderheit auf Kosten der schwarzen Mehrheit zu begünstigen, der die Möglichkeit zum Aufschwung verwehrt wurde. Rein rechnerisch sollten Sie wissen, dass sich ein Defizit ohne Wiedergutmachungsmaßnahmen nicht von selbst beheben lässt.“

Wenige Tage danach, am 12. September – und wohl erst nach einer von Bozell überbrachten Erinnerung des amerikanischen Präsidenten an seinen südafrikanischen Amtskollegen – nahm Ramaphosa zu den „five asks“ Stellung. Er verwies darauf, dass sich die südafrikanische Regierung einer Intervention oder Einmischung in das von der US-Regierung angebotene „Programm für die erleichterte Immigration weißer, von der südafrikanischen Administration verfolgter Südafrikaner“ absehe und darauf, dass die Gesetzgebung zu den Bedingungen von Enteignungen derzeit vom Verfassungsgericht Südafrikas überprüft werde. A

Die weiteren Erwartungen der USA hinsichtlich der Gesetzgebung zur besseren wirtschaftlichen Teilhabe der schwarzen Bevölkerung (BEE etc.) seien in der Überprüfung, ein Gesetz zur Verhütung und

Bekämpfung von Hassreden und -verbrechen sei unterzeichnet und eine Strategie zur Sicherheit im ländlichen Raum insbes. auch mit Blick auf die Bekämpfung von Gewaltverbrechen auf Farmen sei in Arbeit.

Eine Stellungnahme zur Haltung Südafrikas in internationalen Fragen und gegenüber Israel und zur Klage vor dem Internationalen Gerichtshof enthielt diese Antwort nicht.



US-Botschafter Bozell reagierte hart und öffentlich auf die südafrikanische Antwort auf die „Five Asks“. In einem Zeitungsartikel erklärte er: „Man kann mit Sicherheit sagen, dass meine Regierung nicht nur enttäuscht, sondern schockiert war. Die Botschaft war klar: Die südafrikanische Regierung will keine konstruktiven Beziehungen zu den USA.“

„Diese Politik der Visabeschränkungen ist eine erste Reaktion, maßgeschneidert und konkret. Aber ich werde auch nicht so tun, als wäre dies das letzte Wort“, sagte er.

Ohne konkrete Angaben zu weiteren Schritten zu machen, wartet Südafrika auf eine Entscheidung der USA, welche Länder im Jahr 2027 für die Anwendung des Gesetzes über Wachstum und Chancen in Afrika (African Growth and Opportunities Act, AGOA-Abkommens) vorgesehen werden – eine für die südafrikanische Wirtschaft ganz entscheidende Frage.

Der US-Botschafter wies zudem darauf hin, dass viele derzeit im Land tätige US-Unternehmen Hunderttausende von Arbeitsplätzen schaffen und in wichtige Infrastrukturprojekte investieren. Anstatt jedoch anzukündigen, welches Engagement seitens der USA zurückgefahren

werden könne, hob Bozell hervor, was die südafrikanische Regierung leisten sollte:

„Viele weitere US-Unternehmen warten darauf, umfangreiche Investitionen in kritische Mineralien, Energiekooperation und Telekommunikation zu tätigen, um nur einige Beispiele zu nennen“, sagte er. „Das ist Kapital, das nach der Gewissheit und Sicherheit sucht, die es benötigt, um in Südafrika zu investieren.“

Er erklärte, die Frage sei nicht, wie viele amerikanische Unternehmen es geschafft hätten, dem belastenden und ineffizienten, auf der Hautfarbe basierenden regulatorischen Umfeld standzuhalten, das für die Geschäftstätigkeit in Südafrika erforderlich sei.

„[Die Frage] ist, wie viele Unternehmen allein wegen dieser zusätzlichen Hürden nicht in Südafrika investieren“, sagte er. „In einer Zeit, in der die südafrikanische Bevölkerung amerikanische Investitionen am dringendsten benötigt, lehnt die südafrikanische Regierung eine Partnerschaft mit den USA ab. Das ist der Preis der Untätigkeit.“

Bozell wurde innerhalb 18 Monaten nach seinem Amtsantritt wegen dieser öffentlichen Äußerungen zum zweiten Mal in das südafrikanische Außenministerium „einbestellt“ – in der Form einer „Demarché“ – einer scharfen Form der diplomatischen Rüge bzw. Zurechtweisung durch die Regierung.

Präsident Ramaphosa und Außenminister Ronald Lamola haben dabei die Forderungen der Vereinigten Staaten als Angriff auf die Souveränität Südafrikas bezeichnet. Sie erklärten, sie seien bereit, mit den Vereinigten Staaten zu verhandeln und zusammenzuarbeiten, jedoch nur auf Augenhöhe und ohne dass ihnen Forderungen aufgezwungen würden. Das amerikanische Außenministerium bestätigte die Demarche, bekräftigte aber die Forderung, dass Südafrika innenpolitische Maßnahmen gegen Entwicklungen angehen müsse, „die den USA missfallen“.

Dazu gibt es in den Kommentaren und Meinungsäußerungen in der südafrikanischen Presse und Öffentlichkeit sehr unterschiedliche Positionen.

„Gender Based Violence“ – ein wachsendes und ungelöstes Gesellschaftsproblem

Klaus Brückner

Zwischen dem 15. Juli und dem 29. September 2026 wurden in Ekurhuleni, einer mehr als 3 Mio. Einwohner zählenden Metropolregion im Osten der Gauteng Province 11 Frauenleichen gefunden.

Sie alle wiesen schwere Verletzungen von Misshandlungen vor ihrer Tötung auf.

Die Polizei geht bislang nicht davon aus, dass es sich um einen einzelnen Serientäter, sondern um mehrere Täter handelt, denn nur zwei Opfer weisen ähnliche Tatmerkmale auf. Nicht alle Opfer konnten identifiziert werden.

Die Morde haben die Diskussion über die Ursachen, die Verhütung und der Sicherheit der Menschen im öffentlichen Raum in Südafrika neu entfacht.

Die Frage nach den aus zahlreichen Fällen in der Vergangenheit gezogenen Konsequenzen wird lauter. Sie nimmt im Vorfeld der Kommunalwahlen alle politisch Verantwortlichen in die Pflicht, die vorhandenen Konzepte für eine wirksame Bekämpfung der „Gender Based Violence“ als gesellschaftliches Problem überzeugend und rasch umzusetzen.

„Die Nation ist wütend. Die Frauen Südafrikas sind wütend. Ich teile diese Wut“

So äußerte sich Cyril Ramaphosa nach dem Fund der elften toten Frau am 27. September 2026 in einer „Rede an die Nation“. Er erinnerte daran, dass er exakt vor sieben Jahren über die Angst der Frauen vor der Gewalt gesprochen habe. Und er müsse sich der schrecklichen Wahrheit stellen, dass alles, was bislang getan worden sei, um Angst und Gewalt zu beenden, nicht ausreichend sei.

Er berichtete über die intensiven Bemühungen der Polizei forensischer Einrichtungen, die Taten aufzuklären. Es seien Verdächtige für Einzeltaten festgenommen worden und es gebe bislang keine Hinweise, dass ein Einzeltäter für mehrere oder alle dies Morde verantwortlich sei. Staatliche Strukturen zur Prävention, zum Schutz der Mädchen und Frauen in der Öffentlichkeit, aber auch zur Sicherheit von Opfern häuslicher Gewalt und von Sexualdelikten würden gestärkt, Polizeikräfte speziell geschult.

Die Gesellschaft forderte der Präsident zur Achtsamkeit nicht nur zur Achtsamkeit gerade gegenüber Schutzbedürftigen auf, sondern auch dazu, die Polizei durch Anzeigen, Mitteilung von Beobachtungen und Bereitschaft zu Zeugenaussagen zu unterstützen. Nur zwei der Opfer seien überhaupt als vermisst gemeldet worden. Er ermutige Freunde und Familien, sich bei Vermissten schneller an die Behörden zu wenden und forderte diese auf, Angehörige und Freunde nicht abzuweisen, wenn sie sich Sorgen um den Verbleib einer Tochter oder Frau machen. Ramaphosa berichtet über vier Maßnahmen, die er mit kurzfristigen Ergebnissen angewiesen habe:

- Auflistung und Wiederaufnahme von ungelösten Morden, Vergewaltigungen gegen Frauen und Kinder;
- Konkrete Pläne zur Beseitigung von Defiziten bei der Kriminaltechnik;
- Umfassende Sicherheitsüberprüfung in allen Gemeinden mit Identifikation von Risikogebieten und Maßnahmen zur Gefahrenminderung;
- Gesetzgebung und Kontrollmechanismen zur Reduzierung alkoholbedingter Gewalt.

Einen großen Teil seiner Ansprache widmete der Präsident der Erkenntnis, dass der „Hauptschauplatz geschlechtsspezifischer Gewalt das eigene Zuhause und zwischenmenschliche Beziehungen“ sei. Prävention beginne in der Familie. Es dürfe nicht sein, dass die Last der männlichen Gewalt auf die Frauen abgewälzt werden, indem sie gefordert sind, ihr Verhalten in der Öffentlichkeit zu ändern und Vorsorge zu treffen.

Das weit verbreitete Gesellschaftsbild unterschiedlicher Wertigkeiten von Männern und Frauen sowie ein Verständnis von Männlichkeit, das dominantes Verhalten gegenüber Frauen und Mädchen geradezu fordert und deren „allzeitige Verfügbarkeit“ für männliche Bedürfnisse für selbstverständlich hält, bedarf einer konsequenten Korrektur.

Eine Korrektur, die nicht nur über Gesetze erreichbar sei, sondern vor allem über Bildung und durch gezielte Veränderung der

Einstellungen und sozialen Normen und Praktiken, die bislang Gewalt gegen Frauen nicht nur ermöglichen, sondern oft auch fördern.

Die tragischen Ereignisse in Ekurhuleni können und dürfen niemanden unberührt lassen.

Nachdem das neunte Opfer zu beklagen war, hat mir ein langjähriger südafrikanischer Partner aus dem Finanzministerium in Pretoria, Neil Cole, eine Umdichtung des Gedichts „Funeral Blues“ des englischen Dichters W.H. Auden (1907 - 1973) übermittelt, die ich hier gern teile:

*Stop all the clocks. Let the whole country hear.
Nine women are gone.
Nine families left with fear.
Lower the flags; let every church bell sound.
Another daughter has been left upon the ground.
Do not tell women to be careful where they go,
To watch what they wear, whom they trust,
whom they know.
Tell men that her body is hers alone.
Tell boys that love is never violence grown.
She was somebody's daughter, somebody's friend,
A life with beginnings that deserved no such end.
She had mornings to wake to, journeys still to make,
dreams no man had the right to silence or take.*

*Nine women. Nine lives.
And still we count the dead.
Still mothers wait beside an empty bed.
Still women calculate the safest way home,
still learn that darkness is dangerous alone.*

*Put away the speeches.
We have heard them before.
The promises, the outrage, then another woman,
once more.
If GBV is our crisis, let our actions make it known:
No woman should have to fight for the right to come home.
So do not let their names become numbers on a page.
Let nine become a reckoning.
Let grief become rage.
Not rage that destroys, but the kind that demands.
Demands that women live freely and safely in this land.*

Nine women are nine too many.

Inzwischen sind es elf Opfer – und ein Ende der Gewalt ist wohl kaum abzusehen – trotz aller Maßnahmen und Appelle.

In eigener Sache: Unsere Aktivitäten im IV. Quartal 2026

23. Oktober bis 6. November 2026 –

**Bildung, Begegnung und Zukunftsdialog zwischen Deutschland und dem südlichen Afrika
Drei Veranstaltungen an drei Orten mit identischem Programm und spezifischen Akzenten**

Wie blicken wir heute auf das südliche Afrika? Welche historischen Erfahrungen wirken bis in die Gegenwart und welche Perspektiven gibt es für die Zukunft? Mit **MZANSI INSIGHTS 2026** laden **Capetopia e. V.** und das **Deutsch-Südafrikanische Forum (DeSaFor) e. V.** zu drei Informations- und Diskussionsveranstaltungen ein. Wir wollen Ihnen Impulse, unterschiedliche Perspektiven und vor allem die Möglichkeit bieten, im Austausch miteinander **Fragen zu stellen und zu diskutieren.**

Freitag, 23. Oktober 2026, 18 Uhr
Kleinmachnow
Studio 010 der Kreismusikschule
Am Weinberg 18, 14532 Kleinmachnow

Freitag, 30. Oktober 2026, 18 Uhr
Berlin
Afrika Haus
Bochumer Str. 25, 10555 Berlin

Freitag, 6. November 2026 18 Uhr
Bonn
Haus MIGRAPolis
Brüdergasse 16–18, 53111 Bonn



Unter dem Titel „Südafrika und Namibia – Vergangenheit, Gegenwart und Perspektiven für eine gemeinsame Zukunft im südlichen Afrika“ widmen wir uns Südafrika und Namibia und danken dem **Namibia Forum Kleinmachnow** für die Unterstützung.

Unter dem Leitgedanken „Bildung, Begegnung und Zukunftsdialog zwischen Deutschland und Südafrika“ stehen der gegenseitige Austausch und unterschiedliche Perspektiven auf die deutsch-südafrikanischen Beziehungen im Mittelpunkt.

Wir freuen uns darauf, unseren Informations- und Diskussionsabend auch in Bonn zum Abschluss der Veranstaltungsreihe anbieten zu können. Auch hier dreht sich alles um **Bildung, Begegnung und Zukunftsdialog zwischen Deutschland und Südafrika.**

Wir freuen uns auf drei spannende Abende und darauf, Sie bei MZANSI INSIGHTS 2026 begrüßen zu dürfen!

Der Eintritt zu den Veranstaltungen ist frei – eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Die Veranstaltungsreihe wird durch **ENGAGEMENT GLOBAL** mit Mitteln des **Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)** gefördert.

18. November 2026, 12 Uhr, Südafrikanische Botschaft, Berlin - Lunchtime-Discussion „The South North Commission on Development – Perspectives for South African – German partnership“ –
mit **Dr. Henrik Maihack**, Leiter des Sekretariates der Süd-Nord-Kommission

Ende November, „Let’s talk about...“ - Ergebnisse und Auswirkungen der Kommunalwahlen in Südafrika mit Kathrin Meissner, Friedrich-Ebert-Stiftung, Johannesburg